

Das Bild des Eigentums in der öffentlichen Meinung

Die Entwicklung der Akzeptanz einer Wirtschafts- und Eigentumsordnung hängt nicht nur von den politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen ab, sondern in hohem Maße von den sozialen Verhältnissen, der Vermögensverteilung und den Werten und Leitideen einer Gesellschaft. Ludwig Erhard hat immer wieder darauf hingewiesen, welche Bedeutung einer breiten Vermögensbildung für die Akzeptanz eines freien Wirtschaftssystems zukommt. Ein Volk von Eigentümern, so seine feste Überzeugung, wird weitgehend dagegen gefeit sein, eine freie Wirtschafts- und Eigentumsordnung in Frage zu stellen.

Heute ist die Bevölkerung trotz wirtschaftlicher Stagnation und weit verbreiteter Ängste, durch die Sozialstaatsreform Wohlstandsverluste zu erleiden, in einer Breite Eigentümer wie nie zuvor. Die kontinuierlichen Bestandsaufnahmen von Besitz, seien es Immobilien, Barvermögen oder die Ausstattung der Haushalte, zeigen eine eindrucksvolle Besitz- und Wohlstandsvermehrung, die keineswegs auf Minderheiten in der Bevölkerung beschränkt ist:

Heute besitzen 55 Prozent der gesamten Bevölkerung ab 16 Jahre Immobilien, in Westdeutschland 58 Prozent, in Ostdeutschland 42 Prozent.

Die Ausstattung der Haushalte mit Pkws, modernen Haushaltsgeräten und Kommunikationstechnologien ist auf beeindruckendem und in seiner auffallenden Diskrepanz zu früheren Jahrzehnten kaum noch reflektiertem Niveau. 81 Prozent der Bevölkerung verfügen heute in ihrem Haushalt über einen oder mehrere Pkws, Anfang der fünfziger Jahre waren es 5 Prozent, Anfang der sechziger Jahre 32 Prozent. Ein Telefon besaßen Anfang der sechziger Jahre 21 Prozent der Bevölkerung (Anfang der fünfziger Jahre 10 Prozent), heute 95 Prozent; über einen PC verfügen mittlerweile 59 Prozent der Haushalte.

Technische Innovationen, die die Bevölkerung interessieren, finden heute binnen kürzester Frist Eingang in die privaten Haushalte – ebenfalls Ausdruck des durchaus beachtlichen Spielraums der Mehrheit der Bevölkerung, über Wirtschaftsgüter zu disponieren.

Nur 22 Prozent der Bevölkerungskreise, die von Alterseinkünften leben, sind ausschließlich auf die staatliche Rente verwiesen (West: 16 Prozent; Ost: 42 Prozent). Der Anteil, der parallel auf eigenes Vermögen zurückgreifen kann, nimmt kontinuierlich zu.

Die Mehrheit der Bevölkerung zieht subjektiv auch durchaus die Bilanz, dass sich ihre Besitzverhältnisse positiv von der der Eltern und Großeltern abheben. 51 Prozent der gesamten Bevölkerung ziehen für die eigene Familie in der Langfristperspektive

die Bilanz, dass sie über die letzten drei Generationen hinweg wohlhabender geworden sind, nur 14 Prozent konstatieren Wohlstandseinbußen.

Solche Erfahrungen von Besitz- und Wohlstandsmehrung beeinflussen die Grundhaltung zu Eigentum positiv. Eigener Besitz ist nicht Voraussetzung für eine positive Bewertung von Eigentum, befestigt jedoch die Überzeugung von dem individuellen wie gesellschaftlichen Nutzen des Eigentums. So sind in Westdeutschland knapp 60 Prozent der Immobilienbesitzer überzeugt, dass Eigentum dem Wohl des Einzelnen wie dem Gemeinwohl dient, dagegen nur 41 Prozent der Bevölkerungskreise ohne Immobilienbesitz. 56 Prozent der Immobilienbesitzer betonen, dass Besitz den Grad an individueller Freiheit erhöht, dagegen nur 40 Prozent der Bevölkerungskreise ohne Immobilienbesitz. In Ostdeutschland, wo erst allmählich eine Eigentumskultur wie in Westdeutschland entsteht, sind die Unterschiede zwischen Besitzern und Nicht-Besitzenden schwächer, in der Tendenz jedoch ähnlich.

Die Grundhaltung der Gesellschaft zu Besitz ist außerordentlich positiv. Nähert man sich diesem Thema zunächst mit Wort-Sympathie-Tests, mit denen die spontane Reaktion auf bestimmte Schlüsselbegriffe überprüft wird, so gibt es wenig Begriffe, auf die die Bevölkerung spontan derartig positiv reagiert wie auf ‚Eigentum‘. 92 Prozent der Bevölkerung reagieren auf den Begriff ‚Eigentum‘ positiv – lediglich ‚Freiheit‘ und ‚Sicherheit‘ erzielen eine vergleichbar einheitlich positive Resonanz. 80 Prozent der Bevölkerung bekennen sich unbefangen dazu, dass ihnen Eigentum und Besitz Freude bereiten, nur 10 Prozent bestreiten die Freude am Eigentum.

Eigentum gehört auch zu den wichtigsten Quellen individueller Sicherheit – wenn auch nur eine Minderheit der Bevölkerung auf die Frage, was zu dem persönlichen Sicherheitsgefühl beiträgt, Eigentum nennt. Gleichzeitig benennt die überwältigende Mehrheit jedoch konkrete Synonyme für Eigentum, an der Spitze eigene Ersparnisse (84 Prozent), die Mehrheit auch Immobilienbesitz, dagegen nur 43 Prozent Eigentum. So positiv der Begriff Eigentum besetzt ist, gehört er für die Bevölkerung doch zu den abstrakten Begriffen, die außerhalb ihrer sehr konkret gefassten Alltagsrhetorik liegen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass das konkret gefasste Eigentum, eigenes Geldvermögen und eigener Immobilienbesitz an der Spitze der Quellen individuellen Sicherheitsgefühls rangieren.

Auch auf der Ebene der für weite Kreise der Bevölkerung abstrakten Eigentumsrhetorik zeigen sich Entwicklungslinien, die auf eine wachsende Akzeptanz von Eigentum auch abseits der konkreten persönlichen Besitzerfreude hindeuten. Das individuelle und gesellschaftliche Potential, die positiven Auswirkungen von Eigentum werden von der Bevölkerung zunehmend akzeptiert und betont. So hat die Überzeugung, dass Eigentum dem Wohl des Einzelnen wie dem Gemeinwohl dient, in den letzten fünf Jahren von 43 auf 50 Prozent zugenommen, die Überzeugung, dass von Eigentum Leistungsmotivation ausgeht, von 47 auf 55 Prozent. Parallel wächst die Überzeugung, dass die Sicherung des Eigentums eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist.

Nichts hat sich jedoch stärker verändert als die Betonung der Verantwortung, die aus Eigentum erwächst. Die Forderung des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet.“

Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ wurde 1998 nur von einem Drittel, heute von knapp der Hälfte der Bevölkerung unterstützt. Die überwältigende Mehrheit zweifelt allerdings daran, dass dieser Verpflichtungscharakter in der Breite und speziell von den wohlhabenden Schichten wirklich angenommen wird.

Die Kampfansagen an das private Eigentum, die teilweise die ideologischen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre in Westdeutschland und die Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung unter dem sozialistischen Regime bestimmten, gehören zunehmend der Vergangenheit an. Sätze wie: „Eigentum ist Diebstahl“ leuchten heute gerade einmal knapp 2 Prozent der Bevölkerung ein, in Ostdeutschland knapp 4 Prozent. Den Satz von Karl Marx, das kapitalistische Eigentum sei die Quelle der Ausbeutung und der Entfremdung der Arbeiter, halten heute noch 16 Prozent der Bevölkerung für zutreffend, in Ostdeutschland immerhin 34 Prozent. Der Zeitvergleich zeigt jedoch, dass diese Einstellung in den neuen Ländern kontinuierlich an Unterstützung verliert. Vor fünf Jahren hielten immerhin noch 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung Karl Marx' Analyse für zutreffend.

Die große Mehrheit der Bevölkerung hat heute keinen Zweifel, dass der private Besitz an Produktivkapital dem Staatseigentum überlegen ist. 71 Prozent der gesamten Bevölkerung sind davon überzeugt, nur 8 Prozent glauben an die Überlegenheit des staatlichen Eigentums an Produktivkapital. Allerdings zeigen sich auch hier große Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Zwar hält auch in Ostdeutschland nur eine Minderheit Staatseigentum an Produktivkapital für überlegen (21 Prozent); die Überzeugung, dass Privatbesitz an Produktivvermögen in der Regel dem Staatsbesitz vorzuziehen ist, ist jedoch weitaus schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland: 77 Prozent der westdeutschen Bevölkerung halten Privateigentum an Produktivvermögen grundsätzlich für überlegen, aber nur 44 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung.

Nach wie vor stehen weite Kreise der ostdeutschen Bevölkerung dieser Wirtschaftsordnung fremd gegenüber – nicht feindlich, aber unsicher und distanziert. Der Glaube an das alte System ist verloren, das Vertrauen in die Marktwirtschaft bisher aber nur begrenzt gewachsen. Doch die Einstellungen sind in Bewegung. So ist die Überzeugung von der Überlegenheit des Privateigentums gegenüber staatlichem Eigentum an Produktivkapital in den letzten fünf Jahren von 38 auf 44 Prozent angestiegen, die Überzeugung von der grundsätzlichen Überlegenheit des Staatseigentums immerhin von 32 auf 21 Prozent gesunken. Die Prägungen aus Jahrzehnten unter einem sozialistischen Regime sitzen jedoch tief und werden, wenn auch abgeschwächt, noch in zwanzig Jahren sichtbar sein. Der Übergang in eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist ein langwieriger Prozess. Das gilt nicht nur für Ostdeutschland, sondern ließ sich genauso in Westdeutschland während der fünfziger und sechziger Jahre beobachten. Auch die westdeutsche Bevölkerung hatte noch in den fünfziger Jahren ausgeprägte Vorbehalte gegenüber einer freien Wirtschaftsordnung und hielt Ludwig Erhard anfangs für einen Hasardeur.

Die damalige Entwicklung wie die heutigen Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zeigen, welche Verantwortung der Staat für die Entwicklung der Be-

wusstseinslage der Bevölkerung hat. Die Rahmenbedingungen, die der Staat schafft, haben eminenten Einfluss auf die Vorstellungen der Bevölkerung, was des Staates und was des Bürgers ist, welche Rahmenbedingungen einen besseren ökonomischen Erfolg, mehr Wohlfahrt für die Bürger und eine gerechtere Gesellschaft generieren, wie auch auf das Vertrauen der Bürger in ihre eigenen Kräfte.

Bis heute traut sich die ostdeutsche Bevölkerung weniger zu als die westdeutsche, fühlt sich abhängiger vom Staat und definiert auch das Verhältnis Bürger/Staat anders als die westdeutsche Bevölkerung, ohne dass dies allein mit einer objektiv größeren Abhängigkeit aufgrund von höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Vermögensbeständen erklärlich wäre. Die deutsche Teilung lässt sich auch als ein Dokument der Prägungen von Menschen in einem unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen System lesen. Da, wo in Ost und West völlig gegensätzliche Wege eingeschlagen wurden, sind bis heute erhebliche Unterschiede im Bewusstsein der ostdeutschen und westdeutschen Bevölkerung festzustellen. Dies gilt für die Bewertung von Privateigentum an Produktionsmitteln, es gilt eingeschränkt auch für die Idealvorstellungen des Verhältnisses von Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge.

Die Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland waren auch hier verschieden, jedoch keineswegs so grundsätzlich als Antipoden angelegt wie bei privatem und staatlichem Eigentum an Produktivkapital. Die Entwicklung des Sozialstaates in Westdeutschland hatte in Teilen durchaus Züge des staatlichen Omnipotenzanspruches angenommen, wie er der ostdeutschen Bevölkerung als Grundkonzept des Staates vertraut war. Die Rückwirkungen eines ausgreifenden Staates auf das Bewusstsein der Bürger und ihr Selbstvertrauen in die eigenen Kräfte sind auch in Westdeutschland nur zu sichtbar. Auch wenn dieses Ausgreifen sicher oft mit den besten Absichten geplant und durchgeführt wurde, war es in seinem Ausmaß Ergebnis einer Hybris, die den Staat wie die Bürger heute zu schmerzhaften Anpassungen und einer grundlegenden Neuorientierung zwingt.

Wenn die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung bis vor kurzem überzeugt war, dass ein ausgreifender Staat, der die Bürger umfassend sozial absichert und zugleich bei ökonomischen Problemen jederzeit in die Wirtschaft eingreift, nicht nur mehr Gerechtigkeit und Gleichheit herstellt, sondern auch einen höheren Wohlstand garantiert, so zeigt dies, dass sich auch in Westdeutschland ein Bewusstsein herausgebildet hatte, das staatlichen Einkommensgarantien und Transferszahlungen mehr zutraute als der eigenständigen Ansammlung und Verwaltung von Eigentum durch die Bürger.

Der durch die Mittelknappheit erzwungene partielle Rückzug des Staates, die Neudefinition des Verhältnisses von Bürger und Staat in der sozialen Sicherung werden daher bisher nur begrenzt als Freiheitsgewinn gesehen, primär als Gefahr für das erreichte Wohlstandsniveau. Dies kann kaum überraschen: Da der Staat die Eigenverantwortung der Bürger erst als Leitidee entdeckt hat, als die eigene Leistungsfähigkeit an ihre Grenze kam, müssen die Reformen zwangsläufig primär als Leistungskürzung angelegt werden. Man darf den Bürger hier auch nicht unterschätzen: Er begreift durchaus, dass die Eigenverantwortung des Bürgers als Notmaßnahme zur Abwendung eines Konkurses der staatlichen Sicherungssysteme entdeckt wurde, und kon-

zentriert von daher seine Aufmerksamkeit zunächst auf die drohenden finanziellen Einbußen und Risiken und weniger auf die Freiheitsgewinne, die dieser gesellschaftspolitische Prozess ermöglichen kann.

Mit dem Rückzug des Staates und dem Transfer von Verantwortung auf die Bürger verbindet die Bevölkerung vor allem zur Zeit die Erwartungen, dass die finanziellen Risiken von Krankheit und Alter erheblich wachsen, die Planungssicherheit abnimmt und die sozialen Unterschiede zunehmen. Nur eine Minderheit, 24 Prozent der Bevölkerung, assoziiert mit dem Rückzug des Staates größere Dispositions- und Entscheidungsfreiheit für die Bürger. Die wachsende grundsätzliche Akzeptanz der partiellen Verlagerung von staatlichen Sicherungsgarantien auf private Vorsorge und Eigentumbildung rührt daher weniger aus der Hoffnung auf größere Freiheitsspielräume als aus der Kapitulation der Hoffnungen in unerschöpfliche staatliche Ressourcen und auch aus dem Leidensdruck, der zunehmend aus der Steuer- und Abgabenlast erwächst.

In dieser Hinsicht hat die Bevölkerung einen Lernprozess vollzogen. Bis weit in die neunziger Jahre hinein war die Mehrheit überzeugt, dass ein Staat seine Bürger umfassend absichern kann, ohne sie gleichzeitig mit hohen Steuern und Abgaben zu belasten. Die fast kontinuierlichen Einkommens- und Vermögenszuwächse trübten teilweise den Blick auf die Entwicklung der Kosten der staatlichen Absicherung. Heute ist der Mehrheit durchaus bewusst, dass ein hohes Niveau an staatlicher Absicherung auf der anderen Seite auch hohe Steuern und Abgaben bedingt. Gleichzeitig ist die Bereitschaft, diese hohen Steuern und Abgaben zu akzeptieren, gesunken.

Seit der Mitte der neunziger Jahre hat sich der Anteil der Bevölkerung, der grundsätzlich eine umfassende staatliche Absicherung unter Inkaufnahme hoher Steuern und Abgaben präferiert, von 42 auf 32 Prozent vermindert, der Anteil der Bevölkerung, der geringere Steuern und Abgaben und dafür mehr eigenverantwortliche Vorsorge vorzieht, von 32 auf 43 Prozent erhöht. Damit haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung praktisch umgekehrt. Nur bei den unteren Sozialschichten überwiegt noch die Präferenz für hohe Abgaben und eine umfassende staatliche Absicherung, aus naheliegenden Gründen. Es ist die größte Herausforderung bei der Umgestaltung des Sozialstaats, die Absicherung der wirklich Bedürftigen weiterhin zu garantieren und ihn dort zu beschneiden, wo eigene Kräfte die Sicherung genauso oder sogar besser leisten können als der Staat.

Die zur Zeit laufenden Reformprozesse werden einerseits den gesellschaftlichen Stellenwert von Eigentum erhöhen, bergen jedoch auf der anderen Seite gerade auch für die Akzeptanz des Eigentums erhebliches Konfliktpotential. Je mehr ein Staat mit einer freien Wirtschafts- und Eigentumsordnung Ernst macht, desto größer muss auch die Bereitschaft sein, soziale Unterschiede zu akzeptieren – nicht im Sinne der Bildung einer Armutsschicht, die ein prosperierender freier Wirtschaftsstaat durchaus verhindern kann, sehr wohl aber in der Spreizung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Paul Kirchhof hat dazu angemerkt: „Wer diese freiheitlich hergestellte Verschiedenheit nicht ertragen kann, verweigert sich letztlich dem Freiheitsgedanken.“

Diese Akzeptanz des Zusammenhangs zwischen einer freiheitlichen Ordnung und sozialer Differenzierung ist jedoch im Bewusstsein der Bevölkerung bisher wenig

verankert. Zu lange wurden nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geistesgeschichte Freiheit und Gleichheit als komplementäre Ziele behandelt, als dass Konsens bestehen könnte, dass in Freiheit gebildetes Eigentum zwangsläufig soziale Unterschiede schafft und die Begrenzung sozialer Differenzierung auch eine Begrenzung von Freiheitsspielräumen bedeutet. Entsprechend schafft soziale Differenzierung auch immer Legitimierungsprobleme in einer Gesellschaft, in der Gleichheitsideale nach wie vor eine beachtliche Rolle spielen.

Dies gilt besonders für die neuen Bundesländer. Wenn Freiheit und Gleichheit als konkurrierende Ziele gegeneinandergehalten werden, entscheidet sich die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung dafür, im Konflikt der persönlichen Freiheit den Vorrang vor Gleichheitsidealen zu geben, die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung favorisiert dagegen die vorrangige Orientierung an Gleichheitsidealen und die Verminderung sozialer Unterschiede, auch wenn dies eine Minderung von Freiheitsspielräumen bedeutet.

Der Begriff ‚Gleichheit‘ hat jedoch nicht nur für die ostdeutsche, sondern auch für die westdeutsche Bevölkerung einen überwiegend positiven Klang, während die Mehrheit auf Begriffe wie ‚Ungleichheit‘ und ‚soziale Unterschiede‘ mit spontanem Ressentiment reagiert. Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass die soziale Differenzierung wächst und weiter wachsen wird, und dass der Staat ein wesentlicher Motor dieser Entwicklung ist. Obwohl viele politische Maßnahmen der letzten Jahrzehnte auf Eindämmung der sozialen Differenzierung und Umverteilung ausgerichtet waren und sind, attestieren nur 10 Prozent der Bevölkerung der Politik einen Beitrag zur Milderung sozialer Unterschiede, während drei Viertel überzeugt sind, dass die politischen Programme und Maßnahmen überwiegend zu einer Vergrößerung der sozialen Unterschiede beitragen.

Nach den Vorstellungen der großen Mehrheit trennt heute nichts die Menschen in der Gesellschaft mehr als die materiellen Verhältnisse. Befragt, was in Deutschland heute die eigentlichen Gegensätze und Unterscheidungsmerkmale ausmacht, nennt die große Mehrheit vor allem die soziale Schicht, Einkommen und Besitz und die genossene Schul- und Ausbildung. Alle anderen Faktoren sind nach Einschätzung der Mehrheit von minderer Bedeutung, ob es religiöse oder politische Orientierung ist, die landsmannschaftliche Zugehörigkeit, Unterschiede zwischen Stadt und Land oder die Orientierung an Werten und Prinzipien.

Umso bemerkenswerter ist es, dass die Akzeptanz von Ungleichheit langsam wächst, vor allem die entschiedene Vertretung von Gleichheitsidealen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Ende der neunziger Jahre war noch eine relative Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass sich ein Land besser entwickelt, wenn es keine größeren Unterschiede bei den Einkommen und Vermögen gibt. Der Anteil der Bevölkerung, der dieser Auffassung anhängt, hat sich seither von 41 auf 30 Prozent verringert, der Anteil, der überzeugt ist, dass soziale Differenzierung eine Facette eines prosperierenden Landes ist, gegenläufig erhöht. Alte und neue Bundesländer trennen hier allerdings noch Welten. In den neuen Bundesländern überwiegt klar die Überzeugung, dass sich ein Land besser entwickelt, wenn die Unterschiede bei Einkommen

und Besitz so gering wie nur möglich gehalten werden. Jeder vierte Westdeutsche, aber 43 Prozent der Ostdeutschen sind davon überzeugt.

Auch hier zeigen sich jedoch in den alten wie neuen Bundesländern deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungskreisen, die über eigenen Immobilienbesitz verfügen, und der übrigen Bevölkerung. Die Frage, wieweit die wachsende soziale Differenzierung, die sich in Zukunft auch zwangsläufig durch Vermögensbildung und Erbschaften verstärken wird, die Akzeptanz des Eigentumsgedankens beeinträchtigt, wird daher wesentlich davon abhängen, wie sich die Eigentumssituation der unteren Schichten in Zukunft entwickelt.

Auch wenn die grundsätzliche Akzeptanz sozialer Unterschiede zur Zeit wächst, finden Maßnahmen zur Begrenzung sozialer Unterschiede teilweise beachtliche Unterstützung. Die Bevölkerung unterstützt beispielsweise die Absenkung der Steuersätze für niedrige Einkommen weitaus mehr als die für mittlere Einkommen und diese wiederum weitaus mehr als die Absenkung des Spitzensteuersatzes. Bei der Vermögenssteuer stehen sich in der Bevölkerung nahezu gleich große Lager gegenüber: Knapp 40 Prozent der Bevölkerung sprechen sich für eine Vermögenssteuer aus, 37 Prozent dagegen. Interessanterweise ist nur in der Gruppe der Selbstständigen und freiberuflich Tätigen eine klare Mehrheit gegen die Vermögenssteuer gegeben, während unter leitenden Angestellten und höheren Beamten, die heute in der Regel auch in einer durchaus guten Vermögenssituation leben, das Meinungsbild völlig gespalten ist.

Die Unterstützung für beträchtliche Erbschaftssteuern nimmt langsam, aber kontinuierlich zu. Nach wie vor spricht sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen hohe Erbschaftssteuern aus. Der Anteil der Gegner hat sich jedoch innerhalb des letzten Jahrzehnts von 83 auf 64 Prozent vermindert, die Unterstützung für hohe Erbschaftssteuern von 8 auf 20 Prozent erhöht. Besonders in den neuen Bundesländern ist das Meinungsbild heute grundlegend anders als vor einem knappen Jahrzehnt: Damals sprachen sich 82 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung gegen hohe Erbschaftssteuern aus, heute nur noch 48 Prozent.

Zur Zeit geht eine wachsende grundsätzliche Akzeptanz zunehmender sozialer Unterschiede mit einem steigenden Unbehagen gegenüber einer aus der Sicht eines Teils der Bevölkerung bereits zu großen Spreizung einher. Knapp die Hälfte der Bevölkerung unterstützt die Forderung, dass der Staat durch Steuern dafür zu sorgen hat, dass die sozialen Unterschiede, auch die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht zu groß werden.

Die wachsenden sozialen Unterschiede sind daher dazu angetan, die Akzeptanz des Eigentumsgedankens auf eine Probe zu stellen, umso mehr, als es kaum möglich ist, in der Gesellschaft einen vernünftigen Konsens über Angemessenheit und Gerechtigkeit herzustellen. Zu sehr prägt die eigene Einkommens- und Vermögenssituation die Maßstäbe, als dass es gelingen könnte, über Grenzen der sozialen Differenzierung einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

Während die Umverteilung der Aufgaben von staatlicher Fürsorge zu verstärkter Eigenverantwortung der Bürger geeignet ist, trotz vieler Ängste, die sich mit dieser Entwicklung verbinden, den Eigentumsgedanken in der Bevölkerung zu stärken, ist

aus meiner Sicht völlig offen, wie sich die wachsende soziale Differenzierung mittel- und langfristig auswirken wird. Entscheidenden Einfluss wird dabei die Wohlstandsentwicklung der Unterschicht und unteren Mittelschicht haben, wie der Umgang der wachsenden vermögenden Schichten mit ihren Ressourcen. Eine befriedigende materielle Situation der unteren Sozialschichten und die Entwicklung einer Verantwortungsethik im Umgang mit Eigentum in Übereinstimmung mit der Forderung des Grundgesetzes wären die besten Garanten für eine weiter wachsende Akzeptanz von Eigentum mit all seinen Konsequenzen.